



Katrin Kunert

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: (030) 227 - 74488

Telefax: (030) 227 – 76489

katrin.kunert@bundestag.de

PRESSEMITTELUNG

Kriegsdienstverweigerungen erleichtern

„Der Bundesregierung sind Kriegsdienstverweigerer in der Bundeswehr offenbar ein Dorn im Auge“, kommentiert MdB Katrin Kunert, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Verteidigungsausschuss, die Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Kleine Anfrage (Bundestagsdrucksache 18/9003). Kunert weiter:

„Seit der Aussetzung der Wehrpflicht werden die Anträge auf Kriegsdienstverweigerung von Soldatinnen und Soldaten gestellt, die in einem aktiven Dienstverhältnis mit der Bundeswehr stehen. Vom 1.7.2014 bis 30.6.2016 hat das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben insgesamt 644 Anträge abschließend bearbeitet. 67 Prozent der Anträge wurden anerkannt, 25 Prozent abgelehnt und 8 Prozent der Anträge waren entweder unzulässig oder wurden zurückgezogen.

Es ist von einem klaren Zusammenhang zwischen den Kampfeinsätzen der Bundeswehr und der Zunahme von Kriegsdienstverweigerungen auszugehen. Das Risiko des Soldatenberufs, töten zu müssen oder getötet zu werden, wird in konkreten Gefechtssituationen oft als Schlüsselerlebnis erstmals erfahrbar und häufig erst dann in seiner vollen Tragweite begriffen.

Die Verfahrenspraxis zur Anerkennung von Kriegsdienstverweigerungen muss dringend vereinfacht werden. Die Antragstellerinnen und Antragsteller müssen zumindest die generelle Möglichkeit bekommen, ihre Beweggründe im Verfahren auch mündlich vortragen zu können. Derzeit stellt dies lediglich eine Ermessensentscheidung der Behörde dar, von der schon seit 2006 kein Gebrauch gemacht wurde.

DIE LINKE fordert darüber hinaus weitere Erleichterungen: Die bislang geltende Begründungspflicht soll entfallen und künftig die einfache Willenserklärung schriftlich oder zur Niederschrift genügen, den Kriegsdienst aus Gewissensgründen zu verweigern. Die Wahrhaftigkeit von Gewissensentscheidungen lässt sich nicht zuverlässig überprüfen. Der Gewissenschutz von Kriegsdienstverweigerern muss höhere Priorität haben als die Strategiepläne von Ursula von der Leyen, die die Bundeswehr zur globalen Interventionsarmee umbauen will. Einen entsprechenden Antrag hat die Linksfaktion bereits im letzten Jahr eingebracht (Bundestagsdrucksache 18/6363).“